

TOP:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Lfd.Nr. 395/2015 KT

## Antrag zur Kreistagssitzung

### Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Landkreis der Toleranz und Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen"

#### **Beschluss:**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag stellt fest, dass sich die Menschen im Landkreis Marburg-Biedenkopf wünschen, friedlich und gewaltfrei auf dem Boden der durch das Grundgesetz verankerten freiheitlichen Verfassungsgrundsätze zusammenzuleben.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Religionsausübung unverzichtbare Elemente unserer toleranten und weltoffenen Region sind.
3. Der Kreistag bekräftigt die vielfältigen Bekenntnisse und unterstützt die zahlreichen Aktivitäten, mit denen Menschen, die auf der Flucht sind, willkommen geheißen und in unserer Region aufgenommen werden.
4. Der Kreistag stellt fest, dass in unserem Landkreis Christentum, Islam, Judentum, Buddhismus und atheistische Weltanschauungen genauso wie viele andere Religionen und Weltansichten vertreten sind und diese Religionen und Anschauungen und auch die Vielfalt der religiösen Bekenntnisse ein Teil der Identität unseres Landkreises sind.

#### **Begründung:**

Gerade in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit geschichtsträchtiger Vergangenheit religiöser Auseinandersetzungen verfolgen wir gesellschaftliche Debatten und Konflikte um religiöse Bekenntnisse mit großer Aufmerksamkeit. Das friedliche Zusammenleben kann nach unserer festen Überzeugung nur gesichert werden, wenn alle religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse im Rahmen der durch unsere Verfassung vorgegebenen Ordnung toleriert und respektiert werden. Diese scheinbare Selbstverständlichkeit bedarf anlässlich der jüngsten Konflikte einer - auch kommunalen - Bestätigung und Bekräftigung.

Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat folgendes erklärt:

Durch Anschläge wie auf das Magazin "Charlie Hebdo" sollen Meinungsfreiheit und Toleranz vernichtet werden. In allen Städten und Gemeinden herrscht Betroffenheit über die Vorgänge der letzten Tage. Aber die lokale Demokratie ist wehrhaft. Bei aller ethnischer, religiöser oder kultureller Verschiedenheit verbindet uns das Bekenntnis zu Verfassung, Rechtsstaat und Menschlichkeit. Das ist das Fundament unserer Gesellschaft vor Ort, in der wir alle friedlich miteinander leben können und wollen. Dafür stehen wir kompromisslos in unserem Gemeinwesen ein. Die Reaktionen auf eine solche Tat wie in Paris sind vor allem eines: menschlich. Doch Emotionen dürfen nicht zu Ausgrenzungen und Vorverurteilungen führen. Aufklärung und Information der Bürgerinnen und Bürger sind wichtiger denn je, damit die Anschläge nicht zum Anlass unreflektierter Propaganda werden. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass in unserer Gemeinde/in unserer Stadt das hohe Gut der Meinungsfreiheit gewahrt und dass das friedliche Miteinander von Menschen gleich welcher ethnischer, kultureller oder religiöser Prägung in unserer Kommune geschützt wird. Wir sagen JA zur Freiheit des Wortes und der Meinung. Wir sagen JA zu unserer gesellschaftlichen Vielfalt. Wir sagen NEIN zur Gewalt. Wir sagen NEIN zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

gez.  
Nadine Bernshausen

gez.  
Sandra Laaz